

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
ausschließl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
Saale-Zeitungen eingetragen. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Saale-Zeitung“ gestattet.
Zeruzuf der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 7er-Spalten zu 30 mm breite
Kolonnenbreite oder deren Raum mit
30 Pf. u. 10% Zuschlag berechnet
und in unseren Annoncenstellen an
allen Anzeigenstellen angen.
Reklamen die 75 mm breite Zeile
1 Mk. u. 10% Zuschl. Anzeigen-
Annahmefrist vom. 11 Uhr,
für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr.
Abstellungen, soweit zulässig,
müssen rechtzeitig erfolgen. Ver-
einigungsstellen: Halle a. S. Erbsenpl. 10,
2. mal, Sonntags 1. mal. Schriftst.
u. Haupt-Verkaufsstelle: Halle, Gr.
Straßenbahnstr. 17. Neben-Verkaufsst.
Halle: Markt 24 a. Gr. Waisenstr. 52.

Nr. 93.

Halle, Sonntag, den 24. Februar

1918.

Erhöhte Gefechtsfähigkeit im Elsaß.

19 Schiffe eines englischen Geleitzuges auf der Fahrt von England nach Bergen verschwunden.

Geheimnisvolle Katastrophe eines englischen Geleitzuges.

Von 29 aus einem englischen Hafen abgefahrenen Schiffen nur 10 angekommen. — Keine U-Boote oder sonstige Kriegsschiffe gesichtet.

WTB. Kopenhagen, 23. Febr. Die hiesigen Blätter melden aus Bergen, daß ein großer englischer Geleitzug von einer Katastrophe betroffen worden sei. Montag früh verließen 29 Schiffe, und zwar 18 skandinavische und 11 englische, im Geleitzug England auf der Fahrt nach Norwegen. Der Geleitzug geriet auf See in einen fürchterlichen Sturm. Am Mittwoch morgen erreichte das erste Unglück. Ein dänischer Dampfer versank plötzlich. Hinzuwühlende Schiffe fanden eine Anzahl Wrackstücke und die um Hilfe rufende Besatzung. Es war aber unmöglich, sie zu retten. Nach den Wrackstücken zu schließen, handelt es sich um den dänischen Dampfer „Georg“. Mittwoch nachmittag verjant

plötzlich der englische Dampfer „Harrington“, am gleichen Abend der schwedische Dampfer „Sano“. Auch ein anderer schwedischer Dampfer ging unter. Während der ganzen Reise wurden weder U-Boote noch andere Kriegsschiffe gesichtet. Es wird daher nicht angenommen, daß die Schiffe verjant worden seien. Die „Harrington“ ist untergegangen, weil sich die Ladung verjant hatte. Von den 29 Schiffen des Geleitzuges sind nur acht in Bergen eingetroffen, während später noch zwei in Stavanger eintrafen. Man hofft aber, daß es noch einer größeren Anzahl Schiffen gelungen ist, einen englischen oder schwedischen Nothafen zu erreichen.

Die staatliche Elektrizitätsversorgung.

Bekanntlich wird seit Monaten und Jahren ein staatlicher Eingriff in die Bewirtschaftung der Elektrizität erwartet und, je nach dem Standpunkt, erhofft oder befürchtet. Die Meinung freilich, der Staat beschäufliche, von vornherein die Erzeugung und den Verkauf der Elektrizität in die Hand zu nehmen, also auch die örtlichen Stromverteilungsnetze zu erwerben, die Gemeinden, in deren Händen im wesentlichen die Elektrizitätsversorgung liegt, auszufinden und auf diese Weise ein umfassendes Elektrizitäts-Monopol einzu- und durchzuführen, ist irrig. Wenn ursprünglich eine so weitgehende Absicht bestanden haben sollte, so ist sie neuerdings und auf absehbarer Zeit aufgehoben, und es ist offenbar einzuweichen nur geplant, die Strom-Erzeugung nach und nach zu verstaatlichen. Die Verteilungsnetze und der Verkauf des Stromes fallen den bisherigen Inhabern der Konzeptionen verbleiben, hauptsächlich wohl, weil man einen allzu großen Widerstand der Gemeinden und Städte fürchtet und weil die Uebernahme der Verteilungsnetze und ihr Ausbau nach einer hohen Schätzung 2 bis 3 Milliarden Mark erfordern würde. Bei Ausföhrung des Wassertrahungsgesetzes vom 1905 ist an der Uebernahme der Verteilungsnetze und der benachbarten Kreise mit elektrischem Strom verjant. Auf Grund des Gesetzes vom 9. Juni 1913 bezw. 8. Mai 1916 wurden weiter die Wasserkräfte im oberen Saalegebiet der Weßer und die Wasserkraft des Mainz ausgebaut. Um diese Kraftwerke zu betreiben und den daraus zu erhaltenden staatlichen Versorgungsgebiet von Bremen bis zum Rhein zu schaffen, ist jetzt die Errichtung eines staatlichen Kraftwerkes bei Hannover geplant, wofür 3 Millionen Mark angefordert werden. Die Elektrizitätsverteilung soll in dem ganzen Gebiet durch ein zusammenhängendes Netz von Hochspannungsleitungen auf eine einheitliche Grundlage gestellt werden. Mit Rücksicht auf den Mangel an Rohstoffen und Arbeitskräften soll aber das Kraftwerk erst nach dem Kriege gebaut werden, so daß es spätestens 2½ Jahre nach Friedensschluß in Betrieb genommen werden kann. Bei der Beratung des dem preußischen Landtag vorgelegten Gesetzesentwurfes im Haushaltsauschuss hat die Regierung am 16. November vorigen Jahres die Erklärung abgegeben, daß der Staat bei der Errichtung eigener Kraftwerke auf die Wünsche der Beteiligten, insbesondere der Kommunalverwaltungen, Rücksicht nehmen und in jedem Falle schonend, aber in betriebsdienliche Verhältnisse einzugreifen und wirtschaftlich zweckmäßige Anlagen zu befähigen, vorgehen werde. In dieser Erklärung ist ausdrücklich auch verjant worden, daß der Staat in Zukunft im allgemeinen nur die Erzeugung und Fortleitung des Stromes beanpruchen werde, nicht aber die Verteilung an die Verbraucher. Die für die Verteilung bestimmten Werte würden sich eine genaue Abgrenzung ihrer Versorgungsgebiete gefallen lassen müssen. Freilich werde zu einer staatlichen Förderung des Elektrizitätswesens auch gehören, daß ungewünschte Neuanlagen verhindert würden. Es sei daher beabsichtigt, die Errichtung und Ausdehnung von Elektrizitätswerken geschieht von einer Genehmigung abhängig zu machen, bei deren Erteilung nicht nur politische, sondern vorwiegend wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend sein würden. In seinem Bericht vom 25. Januar d. J. hat dann der Ausschuss diesen Grundgedanken im allgemeinen zugestimmt und nur die alsbaldige Errichtung eines sachverständigen Landesbeirats und ebensolcher Bezirksbeiräte gefordert, um die systematische Versorgung des Landes mit Elektrizität und Gas vorzubereiten und durchzuführen.

Die Absicht des Staates im einzelnen scheint im wesentlichen ein Projekt zu umfassen, das Direktor Klingenberg von der Berliner A. E. G. letzterzeit vorzeführt hat. Er schlägt für ganz Preußen die Errichtung von 25 bis 30 Groß- oder Fernkraftwerken, möglichst in der Nähe von Brennstofflagern und großen Verbrauchsgebieten, vor, die durch Ausdehnungsleitungen für eine Spannung von 1 Million Volt miteinander verbunden werden sollen. Die bestehenden mittleren und größeren Elektrizitätswerke würden als Stromerzeugungsanlagen bestehen bleiben, dürfen aber nicht erweitert werden; die Großkraftwerke sollten dort bestehenden Werken durch Transformatorstationen und sogenannte Mittelspannungsleitungen den Zusammenhang herstellen, und mit der Zeit sollte dann die ganze Stromerzeugung an die Großkraftwerke übergehen, während die bisherigen Werke lediglich die Aufgabe von Transformatorstationen zu übernehmen hätten. Als Vorteile der Fernkraftwerke werden in

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 23. Februar, abends. (Amtlich.)
Am Hartmannswerkelfopff und westlich von
Mühlhausen tagüber erhöhte Gefechtsfähigkeit.
Die Operationen im Osten nehmen den charakteristischen Verlauf.

Wiener Bericht.

WTB. Wien, 23. Februar. Amtlich wird verlautbart:
Keine besonderen Ereignisse.
Deutsche Truppen haben Dubno besetzt.
Der Chef des Generalstabes.

Berichte über die deutsche Flotte.

Russische Truppenkonzentration bei Witebsk.
Haaß, 23. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Dainj Express“ erzählt aus Petersburg: Hier will man wissen, daß die deutsche Flotte, bestehend aus 45 Kriegsschiffen, in Richtung Neval ausgefahren sei. In der Küste seien bereits Truppen gelandet.
Die russischen Truppenkonzentrieren sich in der Nähe von Witebsk. Die Deutschen befinden sich nur noch 16 Meilen davon und verbreiten Kundgebungen, worin die Absicht ausgesprochen wird, in Petersburg einzurücken.

Rußlands Kriegsschiffe eingefroren.

WTB. Stockholm, 22. Februar. Nach einem Telegramm aus Sibirien sind die meisten russischen Kriegsschiffe in den Häfen von Sibirien und Kamchatka in den letzten Tagen wieder eingefroren. Da die rote Garde den Fall von Zarember und Wladiwostok befürchtet, hat die Sibirienarmee im Kriegszustand erklärt und die drei Dampfer der Stadt mit Stachetwehrt und Schiffsheerden umgeben.

Spanischer Dampfer versenkt.

WTB. Cadix, 22. Februar. (Neutermbeur.) Der Dampfer „Claudi Lopez“ landete 28 Schiffbrüchige, die zur Benennung des spanischen Dampfers „Marcos Pia“ aus Bilbao gehörten und der am Sonntag durch ein deutsches U-Boot durch Geleitzug versenkt wurde.

Bildung einer provisorischen Regierung in Warschau.

WTB. Warschau, 22. Febr. Wie „Kurier Warschanski“ meldet, ordnete der Regierungskommissar die Bildung einer provisorischen Regierung an. An der Spitze der einzelnen kantonalen Verbände werden Kommissare stehen, welche unter Vorbehalt eines der bisherigen Minister einen Rat bilden. Als Vorsitzender dieses Rates ist vom Regierungskommissar Unterstaatsminister Komtowitz in Aussicht genommen, welcher das Unterrichtsministerium weiter leitet. Noch während dieses Prozessoriums, das möglichst kurz sein soll, wird der Regierungskommissar einen Kandidaten für die künftige Ministerpräsidentenrolle bestimmen und ihm, wenn die politische Lage günstig ist, die Amtsbefugnisse übertragen.

Russische Verstärkungen für Finnland.

Die Furcht vor den Deutschen.
Stockholm, 22. Februar. (Rin. Tel.) „Altonablat“ erzählt aus Saporodja, daß am 19. und 20. Februar weitere 6000 Mann rote Garde und Soldaten aus Petersburg unter dem Kommando des Generals Krasnowski nach Finnland in Richtung einmarschieren. Weitere Verstärkungen dürften jedoch nicht zu erwarten sein, da die Armeen in der russischen Hauptstadt außer Hand und Band sei und sich weinere, wieder in den Krieg zu ziehen. Die Furcht vor den Deutschen, die man auch in Finnland zu treffen ist, ist in die Höhe gekommen, und man erwartet binnen kurzem eine Katastrophe in Petersburg und vielleicht den Sturz der Smolnarregierung.

Außerordentlicher Generalsstab für Petersburg.

WTB. Stockholm, 22. Februar. (P. T. M.) Nach einem Befehl des Kriegs-Kommissars vom 21. Februar über die Reorganisation der Revolution ist ein außerordentlicher Generalsstab für die Verteidigung einberufen, der auf Grund des Belagerungsstatus der ungenüßliche Unterdrückung der verheerenden Verurtheilung gegenrevolutionärer Elemente, Ausweichungen anzuhilfen, anordnet. Gleichzeitig wird die sofortige Beschlagnahme aller im Privatbesitz befindlichen Explosivstoffe beschlossen. Es werden Maßnahmen zur Wiederherstellung und Verwahrung der Lebensmittel getroffen, und die gesamte Bevölkerung für Betriebsarbeiten mobilisiert und zur Verfassung der Militärbehörden gestellt. Außerdem werden alle Immobilien, die zur Verteidigung notwendig sind, beschlagnahmt.

Neue Sensationsverhaftungen in Paris.

Das Streben Clemenceaus.
Genf, 23. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) In Paris erhalten sich die hartnäckigen Gerüchte, daß neue große Sensationsverhaftungen bevorstehen. Die nationalistischen Blätter fahren fort, Malons Verhaftung zu fordern und legen ihre Angriffe gegen Painlevé und Ribot fort. Trotz Painlevé's Dementi bleibt „Liberte“ dabei, daß er die vorjährige April-Offensive im Augenblick des Sieges habe einstellen lassen und als Kriegsminister befristet gewesen sei, die Solo-Affäre zu vertuschen. Es scheint, daß Clemenceau die Gelegenheit benutzen will, um seine Vorgänger Painlevé und Ribot, die sonst wieder einmal seine Nachfolger werden könnten, endgültig politisch zu verdrängen.

Der gefährliche Wilson.

Wilson steht Italiens Chauvinisten im Wege.
Lugano, 23. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, machen Kreise eines gewissen Gesellschaft in Rom gar kein Hehl daraus, daß sie in dem Präsidenten Wilson die größte Gefahr sehen für einen Frieden im italienischen Sinne. Aus zweifelhafte Anschuldigungen kann man annehmen, daß in einer geheimen Abmachung dieser Gesellschaft bereits der Beschluß gefaßt worden ist, dem Präsidenten Wilson das Schiffal Guaras zu bereiten, falls er darauf besteht, einen für die Zentralmächte günstigen Frieden zu schließen. Zur Ausführung dieses Beschlusses sind bereits Schritte in die Wege gesetzt und Fühlung mit gewissen Elementen in Nordamerika genommen worden. (Geheime Depeschen siehe auch Seite 3.)



Der Hauptklasse Baukostenparafise, dessen Ausnutzung der Maschinen, Kohlen- und Transporterparafise, wirtschaftlichere Ausnutzung der Wasserkräfte usw. angegeben.

In einem sehr bemerkenswerten Aufsatz, den der Direktor des Kölner Elektrizitätswerkes, Ahlen, in der letzten erschienenen Nummer 8 der „Deutschen Gemeinde-Zeitung“ veröffentlicht, wird nun dieses Projekt und seine Begründung einer eingehenden sachverständigen Kritik unterzogen. Ahlen findet die angeführten Vorteile für ein Projekt, das unter Zugrundelegung von Niederspreisen etwa 1 1/2 Milliarden beanspruchen würde, nicht als absolut durchschlagend und scheint sich mehr einem Gegenprojekt von Dr. Voigt-Riet zuzuneigen, das an Stelle des Altingenbergschen Planes, der etwa 25 bis 30 Fernkraftwerke und 100 bis 120 Haupttransformatorstationen erfordern würde, etwa 150 K a f r a n s t r a n s f o r m a t o r e n v o r s e h t und statt der 1 1/2 Milliarden nur 1 Milliarde Kosten verursachen würde. Auch die Altingenbergsche Berechnung, daß sein Projekt 43 Millionen Reingewinn liefern würde (in der Annahme freilich, daß die Großkraftwerke schon im Jahre 1926 10 Millionen Kilowattstunden erzeugen bezw. abgeben können, während im Jahre 1913 sämtliche öffentliche Elektrizitätswerke Deutschlands nur 2,8 Milliarden geliefert haben), hält Ahlen für allzu optimistisch. Vor allen Dingen aber protestiert er gegen die Altingenbergschen Vorschläge, überall den Strom zu gleichen Preisen zu verkaufen. Dagegen müßten vor allem die großen Städte und Industriezentren den größten Einspruch erheben. Das bedeute nichts anderes als eine Belastung der Städte zugunsten der ländlichen Bezirke, für die ja in erster Linie die ganze Anlage errichtet werden sollte. Hier sei auch der Grund, weshalb die Vertreter der ländlichen Bezirke geschlossen für die Verstaatlichung seien. Der Umstand, daß der erhöhte oder erredete Gewinn ausbleiben und sich eventuell in einen Verlust verwandeln könnte, berge schon die Gefahr in sich, daß der Staat später auch in die Tarifgestaltung der Gemeinden und Städte eingreifen und aus steuerlichen Gründen den Verkaufspreis leitens der Stromerzeuger steigern müsse. Schließlich werde der Staat sein Augenmerk auf die Verteilungsmasse richten und erst die kleineren und nach und nach auch die größeren an sich nehmen. Die Gemeinden, namentlich die größeren, hätten also allen Anlaß, der Verstaatlichung auch nur der Strom-E r z e u g u n g gegenüber auf der Hut zu sein.

Es handelt sich, wie man sieht, um die ersten Schritte auf einem Wege, der natürlich, wie die Interessen der Gemeinden, so auch die eigenen Interessen der gesamten Verbraucher, also der breitesten Schichten der Bevölkerung, berührt. Interessens, deren sorgfältige Prüfung und eingehende Erörterung auch in der Öffentlichkeit in höherem Maße erwünscht erscheint, als es bisher der Fall war.

Explosion eines französischen Luftschiffes.

Das Luftschiff vollkommen zerstört.

WTE. Paris, 23. Februar. (Havas.) Ein französisches Luftschiff, das am Mittwoch morgen im Merselkanal auf der Höhe von Sainte Adresse erlandete, wurde vollkommen zerstört, hatte einen Unfall mit dem Steuer und ließ gegen eine Klippe bei Le Havre. Es kam zu einer Explosion, durch die der Major Fleury sowie ein Funktelegraphist auf der Stelle getötet wurden. Ein absteigender Offizier brach sich den rechten Arm. Infolge des Aufstoßes plagten die an Bord des Luftschiffes befindlichen Bomben. Sie verletzte mehrere Personen, die herbeigeeilt waren. Das Luftschiff ist vollkommen zerstört.

Französisches U-Boot vermisst.

WTE. Paris, 23. Februar. (Havas.) Das Unterseeboot Vermorel, das vor einigen Tagen zu einer Kreuzfahrt ausgefahren war, ist bisher noch nicht in seinen Hafen zurückgekehrt.

Bei deutschen U-Boot-Mannschaften in Flandern.

Berlin, 23. Februar. Eine Verordnung von Reichstagsabgeordneten, welche kürzlich einen Lebensmitteltransport der U-Boot-Spende nach Flandern beendete, hat nach ihrer Rückkehr an den kommandierenden Admiral des Marinekorps Admiral v. Schröder nachfolgendes Telegramm gerichtet: Mein Verlangen des höchsten Flandernlandes sprechen mich für alle Freundeskreise, die uns durch die Güte eurer Gesellen erweisen worden sind, aufrichtig herzlich Dank aus. Die starken Eindrücke, die wir in Flandern gewonnen, und die Taten deutscher Schiffsleute, die wir bewundernd gesehen haben, werden uns unerschütterlich bleiben. Admiral v. Schröder antwortete: Allen Teilnehmern besten Dank für das freundliche Telegramm. Es war mir eine große Freude, die Vertreter des Reichstages hier zu begrüßen und zu hören, daß die Herren sowohl gute Eindrücke von der militärischen Lage wie von dem feindlichen Geist der Front mitgenommen haben.

Französisches Anerkenkung der Ukraine.

WTE. Berlin, 23. Februar. Wie uns von amtlicher ukrainischer Seite mitgeteilt wird, ist die Hannes-Verordnung aus Petersburg vom 22. Februar, in der behauptet wird, Frankreich habe die Unabhängigkeit der Ukraine nicht anerkannt und der Vorkämpfer Mussolins habe lediglich den General Tabonis beauftragt, wegen des Sonderfriedens der Ukraine bei der Kaba Protest einzulegen, tendenziös und frei erlautend. General Tabonis hat keine telegraphische Bestätigung durch die französische Regierung fernerlich an die ukrainische Regierung überreicht. Doch dieses Schriftstück, das in den Staatsakten der ukrainischen Regierung und in der ukrainischen Presse bei dem jeweiligen ersten Vorkämpfer und Chef der ausländischen Abteilung des Kriegsministeriums Georg von Gallens befindet, war die Ukraine als unabhängiger Staat anerkannt. Die Erklärungen Englands im gleichen Sinne, die kürzlich von Hannes verbreitet wurden, sind ebenfalls aus der Zeit gestiegen.

Der Reichstag und die alten Jahrgänge.

Entretreten der Parteiführer für die Entlassung der alten Jahrgänge von der Front. — Zusicherungen der Militärverwaltung.

Berlin, 23. Februar.

Am Tisch des Bundesrats: von Papen, Graf Koeborn, von Wisberg, Vizepräsident Dr. Baumbach eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Einige Rednerwörter werden erwidert. Auf der Tagesordnung steht zunächst das Gesetz zur Abänderung des Kriegsgesetzes. Danach sollen die Kriegsgesetze auch zur Deckung eines Teilbetrages im Reichsausfall verwendet werden können.

Hr. Dr. Siedel (Soj.) beantragt, die Beratung dieses Gesetzes mit der Aussprache über den Reichsausfallpaß zu verbinden.

Das Haus stimmt ohne Aussprache dem Antrag zu. Militärische Angelegenheiten.

Zur Verhandlung steht dann ein Bericht des Hauptauschusses über militärische Angelegenheiten.

Hr. Stöckel (Soj.) Die Entlassung der ältesten Jahrgänge muß nun endlich erfolgen. Als der Reichstag seinerzeit diesen Beschluß faßte, herrschte bei den alten Leuten an der Front großer Jubel. Sie wußten nicht, daß der Reichstag wohl etwas beschließen, aber nicht durchführen kann. Viele von diesen Leuten sind schon über 50 Jahre alt und für die Verteilung absolut nicht mehr zu gebrauchen. Sie liegen in den Lazareten und kosten dem Staate viel Geld. An Fener und Württemberg sind die Mannschaften zwar nicht entlassen, aber bauernd belauscht. Sie werden vielfach für Zwecke verwendet, die man nicht billigen kann, dazu gehört z. B. die hermetische Abriegelung der Grenze nach Österreich. Viele mahnende Stimmen haben sich schon dagegen erklart, weil diese Maßnahme ganz zwecklos ist. Man sollte doch endlich darauf verzichten, dann würden Hunderttausende von Leuten frei werden.

Hr. Dr. Müller-Meinungen (Fortf. Nr. 2). Die Entlassung der ältesten Jahrgänge aus der Heimat sollte mit tatkraftiger Beschleunigung durchgeführt werden. Bisher hat die Zurückziehung des gedienten Landsturms von 1872 beinahe reiflos durchgeführt, und Sachsen will sogar bis 1875 den gedienten Landsturm zurückgezogen haben. Das gleiche ist in Württemberg der Fall. Wenn man in dieser weitgehenden Weise den gedienten Landsturm zurückzieht, muß man die gleiche Wohltat auch dem ungedienten Landsturm der älteren Jahrgänge zuteil werden lassen. Nach einer Auskunft des preussischen Kriegsministeriums vom Februar 1917 sollen im ganzen nur noch etwa

1000 Angehörige der ältesten Jahrgänge an der Front sein. Das kann nicht stimmen, denn ich allein kenne viele Hunderte, wenn nicht tausende Fälle, in denen die Leute noch draußen sind. Man scheint sich also sehr zu seinen Gunsten verneinet zu haben. Viele Klagen kommen auch darüber, daß Gesunde der alten Landstürmer teilweise gar nicht, teilweise erst nach vielen Monaten beantwortet werden. Man verzagt dabei, daß der Soldat ein Recht auf baldige und beschleunigte Antwort hat. Was gegen übriges zur vorerwähnten Zeit? In keine Fälle, in denen Munitionslöcher und Verwundungen vorliegen, ist eine unbillige Härte. (Sehr richtig!) Gerade

Zugunsten der Fernernsterngruppen

muß einmal ein Wort gesagt werden. Die Leute, vielfach ohne jede Waffe, sind oft härtesten Granatfeuer ausgesetzt und müssen viel durchmachen. (Zustimmung.) Wer im feindlichen Feuer steht, sieht in der vordersten Linie. Von dieser Verdrängung des Kriegsministeriums wird leider nicht immer Gebrauch gemacht. Die Dienerbergerer hat einen betrübenden Eindruck angenommen. Es sollte dauernd geprüft werden, wo in Heimatsfronten zu und zu Leute, die reklamiert sind, durch ältere Landstürmer aus dem Felde erjagt werden können. Ein Stabsoffizier entwirft mir ein geradezu niederschmetterndes Bild von der Fehlbildung der ältesten ungedienten Landstürmer. Er behauptet, daß 50 Prozent von ihnen noch während der Ausbildung undrausger werden und daß weitere 40 Prozent sehr schnell wegen Krankheit oder allgemeiner Schwäche aus der Front zurückgezogen werden müssen. (Hört, hört!) Damit negierte man die vielen Hehntausende, die in der Etappe und in den Bureaus sitzen.

Es sind und sehr gut durch alle Landstürmer erjagt werden könnten. (Sehr richtig!) Die Zurückziehung der alten Jahrgänge ist um so notwendiger, weil das Offizierskorps immer jünger wird. Diese jungen Offiziere leisten militärisch außerordentlich Tüchtiges, aber sie haben nicht die Reife, die Vorkämpften von Deuten zu sein, die ihre Väter sein könnten. (Sehr richtig!)

Weiter verlangen wir, daß die Väter zahlreicher unerschütterlicher Kinder baldmöglichst aus der Front zurückgezogen werden. Eine dabingehende Verordnung steht auf dem Papier, wird aber nicht durchgeführt. Dasselbe gilt von der Zurückziehung der Söhne solcher Familien, die schon früher Opfer gebracht haben. Die Entziehung des Urlaubs als Haupt- oder Nebenstrafe muß verboten werden. Damit wird heute ein großer Unfug getrieben. Die Urlaubsgewährung muß gleichmäßig erfolgen.

Viele Klagen gehen dahin, daß der gewöhnliche Mittelstand bei der Urlaubsgewährung viel schlechter gestellt ist als die Landwirtschaft. In klarer Weise sollte man dagegen vorgehen, daß die Offiziere ihren Vürchen zu Hamsterwegen Urlaub erteilen. Das hat tiefste Mitleidung hervorgerufen. (Zustimmung.) Während Urlaub sogar in Fällen sehr trauriger Familienereignisse verweigert worden ist, ist für die Offiziersburden sehr oft Zeit da, um allerhand Lebensmittel zu den Familien der Offiziere zu bringen. Die erfolgte Erhöhung der Soldatenabgabe ist nur gering. Wenn dieser Krieg ein Weltkrieg ist, muß das auch in der Lösung zum Ausdruck kommen. Ueber

der Kriegsgewinnler

den sich am Kriege bereichern, muß gewisse Leute in der Etappe. Die Heranziehung der haben Offiziersgehälter von 1000 bis war ein Scheinbegriff. In der Bekämpfung der Ausnutzung des Krieges zur Bereicherung sind Oberste Gesetzesleistung, Militärverwaltung und Volkserziehung geradezu Bundesgenossen. Das ganze Volk hat das größte Vertrauen zu der Gemaltität unserer Herrscher. Wir vertrauen auch,

daß die Militärverwaltung unsere gerechtfertigten Wünsche erfüllt. Dieses Vertrauen hier ausdrücklich festzustellen, ist notwendig gegenüber

dem gemeingefährlichen Treiben.

die deutsche Volkserziehung und die Oberste Gesetzesleistung gegeneinander auszuspielen (Hört, hört!) Ein Redner des Bundes der Landwirte hat leghin erklärt, man könne die Armee nicht behandeln als eine millionen Masse, die nur zum Sterben da sei, aus deren Empfindungen man aber nicht Rücksicht zu nehmen brauche. Diesen Gedanken haben ja gerade wir bei unseren Reformwünschen ungeschicklich ins Auge gefaßt. Wer hat denn bisher die Armee als millionen Masse behandelt wollen? Doch nur diejenigen, die jedes Reformtreiben in der Armee abgelehrt haben, die an einem vollkommen unbillikaren Besondereckrecht festhalten und alles fassen, um eine innigere Verbindung zwischen Armee und Volkserziehung nicht aufkommen zu lassen. (Sehr wahr!) Ein früheres Mitglied dieses Hauses, dessen tolle Redekapitonen bekannt sind, hat ausgesprochen, das

Das Herz des deutschen Volkes

schlage nicht in der Wegelosempfehle, auch nicht im Reichstag sondern im Großen Hauptquartier. Diese feindselige Ausspielung der beiden Faktoren, die im Kriege miteinander zusammenarbeiten müssen, richtet sich von selbst. (Sehr wahr!) Unsere Herzen schlagen für das deutsche Volk und das Volkserheer ebenso warm wie im Großen Hauptquartier. Gegenüber den Verträgen und die Schaffung der richtigen Stimmung von Deutschen, das ist der Ausgangspunkt und Endpunkt der gemeinsamen Aktion von Gesetzesleitung und d Volkserziehung. Nur in dieser gemeinsamen Vertrauens haben wir die sichere Prüfung dieser Zeit überleben können, und gerade im Geiste dieses gegenseitigen Vertrauens und Entgegenkommens bitte ich um Annahme dieser Anträge. (Beifall.)

Generalmajor von Wisberg: Der Kriegsminister hat schon im Ausschuss darauf hingewiesen, daß man vermeiden sollte, draußen Hoffnungen zu wecken, die vielleicht nicht erfüllt werden können. Die Entlassung der Jahrgänge 1888 und 1879 hängt leghin von den militärischen Verhältnissen ab. Sie können sicher sein, daß nicht mehr Leute zurückbehalten werden, als unbedingt notwendig ist. Genoa hängt es

von der militärischen Lage ab,

als die Jahrgänge aus der vordersten Linie zu militärischen Dienstleistungen in der Heimat herangezogen werden können. Ich hätte gewünscht, daß diese Artzige schon im Ausschuss hätte erörtert werden können, da ich diese Punkte darüber hier nicht beantworten kann. Bei den in Frage kommenden Mannschaften des Landsturms handelt es sich um den Jahrgang 69, der seit Anfang des Krieges im Felde steht. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß es eine Härte wäre, diese zu entlassen, aber nicht die alten Landwehrlente. Diese Härte läßt sich vermeiden, wenn die entsprechende Bestimmung im Antrag fortgelassen wird. Sie ist zudem nicht mehr nötig. Eine Befreiung des Kriegsministeriums spricht davon, daß alle Leute von 42 Jahren allmählich zurückgezogen werden sollen.

Darunter fallen dann auch die Landwehrlente. Ebenfalls geht das Kriegsministerium dahin. Den Vorkämpften, als es nichts geziehen wäre, muß ich zurückweisen. Es sind schon Tausende von Leuten zurückgezogen worden. Die Anführer der Gesetzesleitung über den Urlaub fallen die Herzen. Ich kann nur denken, daß einmal der Fall eintritt, wo der Urlaub zur Strafe verweigert wird. Es geht doch gegen die Disziplin, einen Mann auf Urlaub zu schicken, unmittelbar nachdem er seine Strafe erlitten hat. Dagegen muß eingeschritten werden, falls der Mann von der Urlaubsbefreiung gestrichelt wird. Die

Berechtigtheit der Urlaubsgewährung

liegt in den militärischen Verhältnissen. Manche Truppenteile können eben mehr Urlaub erteilen. Als ich meine Division führte, ging es tatsächlich nicht. Sie glauben doch nicht von mir, daß ich sehr hart war. Die Befreiung darf ferner auf den Urlaub nicht angeordnet werden, falls er nicht länger als 14 Tage beträgt. Die Leistungen anderer Truppen draußen werden von allen voll anerkannt. Dadurch, daß die Leute nicht zurückgezogen werden, soll draußen große Erleichterung herbeiführen, ebenso wegen der Urlaubsfrage. Es werden Einzelfälle veralgemeinert.

Draußen herrscht ein Geist und eine Freude, über die man sich nur freuen kann. Als zu meiner Division die Nachricht von Front-Liesson kam, riefen die Soldaten: Hurra! Jetzt gehts gegen England!

Generalleutnant Langemann von Erlensamp: Der Antrag über die Ergänzliche der Ergänzliche ist, daß ich bitte, ihm auch heute nicht Folge zu geben. Der Kriegsminister hat im Ausschuss schon erörtert, daß der

strenge Kretz nicht ganz abgelehnt

werden kann, weil diese Strafe für Leute da sein muß, die durch andere Erziehungsmittel und Strafen nicht zur Ordnung gebracht werden können. Es ist die letzte Strafe vor der gerichtlichen Mittelung. Es liegen keine weiteren Gedanken vor, als es notwendig ist, die Bestimmungen, wie es verlangt wird, zu ändern. Es ist möglich ist, hier aus eine mildere Strafe zuzulassen, darüber sind die in Frage kommenden Stellen gebittet worden. Ich hoffe, daß bald durch eine gesetzgebende Körperschaft ein diesbezüglicher Entwurf vorgelegt werden wird.

Prinz von Schönau-Carolath (nat.): Selbstverständlich muß bei der Entscheidung über die Entlassung der älteren Jahrgänge die militärische Lage entscheidend sein. Der gestellte Antrag spricht ja deswegen auch ausdrücklich von „so bald als möglich“ und „mit möglichster Beschleunigung“. Er tritt bin über die Erklärung, daß im allgemeinen die Verlegung des Landes als Strafe unbilligbar ist, daß der Mann nicht wegen irgend eines Vergehens oder Verfehls von der Elite gestrichelt werden soll. Militärverwaltung und Reichstag müssen hier zum Besten der Armee und des Vaterlandes Hand in Hand gehen. Wir vertrauen, daß alles, was möglich ist, auch geschehen wird, um im Sinne des Antrages zu wirken auch werden für den K r i e g s m i n i s t e r.